



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 2. Ratssitzung vom 20. Mai 2026

71. 2026/33

Globalbudgetantrag von Dr. Florian Blättler (SP) und Tanja Maag (AL) vom 21.01.2026:

Globalbudget ewz, Einführung einer neuen Steuergrösse «Menge der innerhalb der Schweiz produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen in GWh»

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, den Globalbudgetantrag zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Florian Blättler (SP)** begründet den Globalbudgetantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5734/2026): Der Krieg im Iran führt uns die katastrophale Abhängigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft von globalen Energiequellen vor Augen. Das Elektrizitätswerk (ewz) produziert elektrische Energie für die Bevölkerung und Wirtschaft der Stadt Zürich. Um für den künftigen Wegfall der Atomenergie vorzusorgen, hat das ewz im grossen Stil in erneuerbare Energien investiert. Das einzige Problem: Diese Anlagen stehen fast ausschliesslich im Norden Europas. Das trägt zwar zur Stabilisierung der Energieversorgung in jenen Regionen bei, jedoch kaum zur Versorgungssicherheit in der Schweiz oder in Zürich. Das Problem liegt im Transport der elektrischen Energie – genauer am Mangel an Stromtrassen. Der Strom erreicht uns schlicht nicht. Der Aufbau des europäischen Hochspannungsgleichstromnetzes wird die Situation langfristig zwar verbessern, aber nicht lösen. Um die Versorgungssicherheit für unsere Stadt zu erhöhen, ist der Ausbau erneuerbarer Energien in der Schweiz daher zwingend. Es geht nicht um das finanzielle Geschäft oder den Strommarkt. Es geht darum, dass die Stadt Zürich ihren Anteil zur regionalen Stabilität des Stromnetzes beiträgt. Dies ist zum Wohl von Bevölkerung und Wirtschaft. Wir verlangen, dass die Menge der im Inland produzierten Energie zur Steuergrösse wird, die vom Gemeinderat als strategisches Ziel vorgegeben werden kann.*

***Johann Widmer (SVP)** begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. Februar 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Der Antrag ist Planwirtschaft nach Lehrbuch. Diese Kennzahl trägt nichts zur Versorgungssicherheit oder den Energiepreisen in der Stadt Zürich bei. Die neue Steuergrösse im Budget klingt harmlos, ist es aber nicht. Mit ihr wird politisch in die operative Steuerung eines städtischen Energieunternehmens eingegriffen und ein einseitiger Anreiz gesetzt: Es sollen zusätzliche Gigawattstunden aus Photovoltaik (PV) und Windenergie in der Schweiz oder direkt in der*



Stadt Zürich produziert werden – koste es, was es wolle. Das führt in die falsche Richtung: Inländische oder städtische PV-Anlagen sind massiv teurer als jene Anlagen, die das ewz im Ausland betreibt. Auch Windbeteiligungen des ewz sind sinnvoller, wenn sie im Ausland realisiert werden. Wenn Kennzahlen zur Budgetsteuerung eingeführt werden, drängt man das ewz in suboptimale und teure Inlandsprojekte. Am Ende zahlen die privaten Haushalte sowie kleine und mittelgrosse Unternehmen (KMU) die resultierenden höheren Energie- und Netzkosten. Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb diese Kennzahl als nicht sinnvoll erachtet wird. Diese Steuergrösse lädt lediglich zur Kosmetik ein. Sämtliche Herkunftsnachweise und bürokratischen Folgen, die sie nach sich zieht, schaffen keinen Funken mehr Energie. Das geht in Richtung Greenwashing. Wer mehr städtische PV-Produktion oder -Beteiligungen an inländischen Windkraftwerken will, braucht keine neue Kennzahl. Damit wird nicht schneller gebaut und es gibt nicht weniger Einsparungen gegen die Projekte. Wenn man schon Kennzahlen einführt, dann bitte solche mit Substanz wie den System Average Interruption Duration Index (SAIDI) oder den System Average Interruption Frequency Index (SAIFI). Da versteht man, was gemessen wird, anstatt auf eine selbst gebastelte Kennzahl zu setzen. Finger weg vom ewz als Spielfeld links-grüner Symbolpolitik. Die Steuergrösse ist wirkungslos und erzeugt nicht mehr Strom. Wir lehnen den Antrag ab und setzen auf eine vernünftige Energiepolitik.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Johann Widmer (SVP) ist wohl ein Freud'scher Versprecher unterlaufen, als er Stör- statt Steuergrösse sagte. Du empfindest die Grösse also als störend. Das ist nachvollziehbar, wenn man die Einstellung der SVP gegenüber erneuerbaren Energien kennt. Es ist jedoch ein strategisches Ziel des ewz, die Stromproduktion aus Sonne, Wasser und Windkraft längerfristig sicherzustellen und von fossilen Energieträgern loszukommen, sowohl im Ausland als auch in der Schweiz. Um dies steuern zu können, braucht es genau dieses Instrument. Eine Steuergrösse ist ein strategisches Instrument, kein operativer Wert und keine einfache Kennzahl. Da bist du wohl etwas durcheinandergekommen. Es handelt sich um eine strategische Steuergrösse, mit der wir verfolgen, ob die Strategie des ewz aufgeht. Wenn wir wollen, dass die Schweiz längerfristig mehr Strom aus Sonne, Wind und Wasser produziert, dann benötigen wir eine entsprechende Steuergrösse, um dies zu messen. Wir haben bereits eine für die PV-Stromproduktion in der Stadt Zürich sowie eine Steuergrösse für die Gesamtmenge. Es ist nur logisch, dies nun weiter zu differenzieren. Daher ergibt es Sinn, diese Grösse einzuführen.

Beat Oberholzer (GLP): Die GLP unterstützt den Globalbudgetantrag. Am Beispiel des Berichts über die Windkraft in der Schweiz, den wir vor einigen Wochen im Rat diskutiert haben, hat sich gezeigt, dass der Stadtrat und Gemeinderat – mit Ausnahme der SVP – in diesem Bereich am selben Strick ziehen. Es ist klar, dass die Windkraft in der Schweiz ausgebaut werden muss. Das ewz soll einen Beitrag dazu leisten. Dasselbe gilt für die Solarenergie. Natürlich kann man sich fragen, wie nützlich eine Steuergrösse ist. Man könnte dem ewz auch mehr Gigawattstunden im Budget einstellen. Die grossen Hindernisse für den Ausbau sind nicht zu tiefe Steuerungsvorgaben im Budget, sondern jene,



die Johann Widmer (SVP) erläutert hat. Aber es ist trotzdem wichtig, dass es eine Steuergrösse gibt. Wir haben bereits eine Steuergrösse, die aber die erneuerbaren Energien im Inland und Ausland kombiniert. Es ist sinnvoll, diese Kategorien künftig zu trennen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Mitte ist nicht der Meinung, dass man mit dieser Kennzahl wirklich etwas steuern könnte. Die Erstellung neuer Produktionsanlagen für Wind- oder Solarenergie benötigt viel mehr Zeit als mehrere Monate oder ein Jahr. Trotzdem finden wir es sinnvoll, Ende Jahr zu erfahren, wie viel inländischer Strom mit Solar- oder Windenergie erstellt wurde. Dem ewz entsteht beim Zusammenstellen dieser Kennzahl auch fast kein zusätzlicher Aufwand. Wir stimmen dem Antrag daher zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Das ewz verfolgt die Strategie, die erneuerbaren Energien auszubauen. Dies geschieht nicht, weil das ewz selbst fossile Energien nutzt, sondern um die Energieproduktion für die Zukunft aus erneuerbaren Quellen zu sichern. Diesen Weg verfolgen wir bereits seit Langem sehr erfolgreich. Ein Grossteil dieser Produktion wurde bisher im Ausland realisiert. Insofern ist es nachvollziehbar, dass der Gemeinderat mehr über den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz erfahren oder diesen gezielt steuern möchte. Das ist durchaus auch unser Ziel. Zwar ist der Energiemarkt europäisch, aber für die Versorgungssicherheit der Schweiz müssen wir natürlich auch im Inland ausbauen. Das ewz ist bestrebt, seinen Teil dazu beizutragen. Wir haben daher Verständnis für den Wunsch nach einer solchen Steuergrösse und werden deren Einführung prüfen. Es muss aber klar sein: Eine solche Kennzahl muss aussagekräftig und messbar sein, sie muss mit vertretbarem Aufwand erhoben werden können und vor allem eine echte Steuerungswirkung entfalten. Wenn wir uns lediglich einmal im Jahr darüber unterhalten, dass Ziele nicht erreicht wurden, wäre das reines Schattenboxen. Zudem darf die Einführung einer solchen Grösse nicht dazu führen, dass Investitionen künftig nur noch im Inland getätigt werden. Auch unsere Auslandsprojekte leisten einen wichtigen Beitrag zur Dekarbonisierung und zur allgemeinen Versorgungssicherheit. Es wäre falsch, das ewz künstlich auf eine rein geografische Logik zu verengen. Wir investieren dort, wo es energiewirtschaftlich, ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist, ob in der Schweiz oder in Europa. Wir investieren liebend gern in der Schweiz. Doch das ist nicht immer einfach: Bei der Wasserkraft schränkt uns die Heimfallthematik in unseren Möglichkeiten ein. Die Windkraft haben wir bereits in der letzten Legislatur diskutiert. Wenn Projekte in der Schweiz 18 Jahre bis zur Realisierung benötigen, dann liegt das Problem nicht an der Steuerungsgrösse im Budget des ewz, sondern an der schweizerischen Energiepolitik und deren Umsetzung. Dort müssten wir den Hebel ansetzen. Wir werden prüfen, wie und zu welchem Zeitpunkt man eine fachlich sinnvolle, belastbare und verhältnismässige Steuergrösse einführen kann. In diesem Sinn nehmen wir den Antrag gern entgegen.



4 / 4

Der Globalbudgetantrag wird mit 97 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat